

## Einführung

Das Jahr 1989 zählt zu den Schlüsseljahren des 20. Jahrhunderts. Die Weichen für den **Systemwechsel** wurden gestellt – nicht nur in Polen, sondern auch in anderen ostmitteleuropäischen Staaten. Die damaligen Ereignisse in diesen Ländern weisen Parallelen, aber auch Unterschiede auf. Gemeinsam war ihnen das Bemühen, das **sozialistische System durch eine parlamentarische Demokratie auf marktwirtschaftlicher Grundlage** zu ersetzen. Polen erwies sich dabei als das Land, in dem der Druck der Volksbewegung von unten, organisiert durch die **Gewerkschaft Solidarność** {*solidarnoschtsch*} (dt. Solidarität), am stärksten war.

Worin bestand die **Transformation**? Wie die anderen Länder der Region war auch das sozialistische Polen de facto ein Einparteienstaat. Der Führungsanspruch der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) war verfassungsrechtlich legitimiert und wurde in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt. Die ebenfalls existierenden sogenannten Blockparteien Demokratische Partei (SD) und Vereinigte Volkspartei (ZSL) spielten keine eigenständige Rolle. Allerdings hatte die PVAP schon in den 1980er-Jahren ideologisch und politisch-inhaltlich abgewirtschaftet. Nach **Verhängung des Kriegsrechts** 1981 trug das Militär zunehmend zur Sicherung des Staates bei. Bei der Transformation ging es zuerst darum, den Einparteienstaat durch eine **demokratische Republik** mit einem frei gewählten Parlament und einem pluralistischen Parteiensystem zu ersetzen.

Das **sozialistische Polen** war kein Rechtsstaat. Es herrschte keine Gleichheit vor dem Gesetz und die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte wurden nicht geachtet. Die Bürger konnten Grundrechte wie das Recht der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nicht nutzen. Im Rahmen der Transformation musste **ein wirklicher Rechtsstaat** aufgebaut werden. Und es ging auch darum, das System der Planwirtschaft, in dem Partei und Regierung die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen trafen, durch eine **Marktwirtschaft** zu ersetzen, in der privates Unternehmertum die wichtigste Form wirtschaftlicher Tätigkeit ist und der Markt die ökonomische Entwicklung weitgehend bestimmt. Das freie Wirken des Marktes sollte durch ein **modernes Sozialsystem** abgedeckt werden.

Von Februar bis April 1989 wurden am sogenannten **Runden Tisch** die Modalitäten der Transformation ausgehandelt. An ihm setzten sich die Vertreter der Solidarność und der kommunistischen Staats- und Parteiführung sowie Vermittler der katholischen Kirche zusammen, um auf friedlichem Weg den **Übergang vom Sozialismus zur parlamentarischen Demokratie** auszuhandeln. Rund war der Tisch, der eigens in einer staatseigenen Möbelfabrik angefertigt worden war, um die Gleichberechtigung aller Teilnehmer zum Ausdruck zu bringen.

Nach zweimonatigen Verhandlungen im Frühjahr 1989 verständigte man sich darauf,

- die **Gewerkschaft Solidarność** wieder legal arbeiten zu lassen,
- schrittweise zu **freien Parlamentswahlen** zu kommen,
- eine zweite Kammer (**Senat**) zu bilden, die die erste Parlamentskammer (**Sejm**) kontrollieren sollte,
- das Amt eines **Staatspräsidenten** einzuführen.

In der ersten Runde der „**halbfreien**“ **Parlamentswahl am 4. Juni 1989** errang die Solidarność einen grandiosen Sieg. Auf Anhieb erzielten ihre Kandidaten 160 von 161 möglichen Mandaten im Sejm und 99 von 100 Mandaten im Senat. „Halbfrei“ bedeutete, dass aufgrund der Absprachen am Runden Tisch 65 Prozent der Sitze (299 von 460) der PVAP und ihren Blockparteien vorbehalten blieben – unabhängig vom Wahlergebnis. Diese Regelung sollte den Machthabern den Übergang in die neue Demokratie erleichtern. Allerdings scheiterten fast alle Kandidaten der PVAP und der Blockparteien an der Hürde von 50 Prozent Zustimmung in den für sie reservierten Listen, darunter Ministerpräsident Mieczysław Rakowski {*miätschislaw rakowski*}. Erst aufgrund einer Wahlrechtsänderung erzielten diese Parteien dann in einer zweiten Wahlrunde am 18. Juni die für sie reservierten Mandate. Die geringe Wahlbeteiligung von 25,1 Prozent in der zweiten Runde war für sie eine gewaltige Demütigung.

Dieses Wahlergebnis schuf eine **neue politische Situation**. Nun konnte die Solidarność nicht mehr damit einverstanden sein, dass die PVAP künftig sowohl den Staatspräsidenten als auch den Ministerpräsidenten stellen sollte. Andererseits hatte man am Runden Tisch vereinbart, dass der Erste Sekretär der PVAP, General Wojciech Jaruzelski {*wojtschech jarusel'ski*}, zum

Staatsoberhaupt gewählt werden sollte – wenn auch absehbar nur für eine Übergangszeit. Deshalb schlug Adam Michnik am 3. Juli 1989 in seinem berühmten Artikel in der der Solidarność nahestehenden *Gazeta Wyborcza* vor, dass der künftige Regierungschef aus den Reihen der Solidarność kommen solle. Der Text trug den Titel „Euer Präsident, unser Ministerpräsident“. Der legendäre Gewerkschaftsführer der Solidarność, Lech Wałęsa {*wauensa*}, mit dem Michnik den Text abgesprochen hatte, nahm die Veröffentlichung zum Anlass, dieses Konzept möglichst rasch in die Tat umzusetzen. Lech Wałęsa selbst war Elektriker auf einer großen Schiffswerft in Danzig. Als „einfacher Arbeiter“, umgeben von der politischen Elite des Landes, wurde er so zum Symbol des gesellschaftlichen Umbruchs des Landes.

Wałęsas große Autorität erlaubte es ihm, seinen engen Berater **Tadeusz Mazowiecki** {*tadeusch masowjetzki*} als Kandidaten für das **Amt des Ministerpräsidenten** durchzusetzen, der dann am 24. August 1989 vom Sejm gewählt wurde. Bereits zuvor am 19. Juli war Wojciech Jaruzelski mit äußerst knapper Mehrheit durch die Nationalversammlung zum Staatspräsidenten gewählt worden. Mazowiecki sagte in seiner Antrittsrede: „Ich will eine Regierung bilden, die für das Wohl der Gesellschaft, der Nation und des Staates arbeitet. Dies wird eine Koalitionsregierung sein mit dem Ziel einer grundlegenden Reform des Staates. Eine solche Aufgabe kann nur eine Regierung erfüllen, die bereit zur Zusammenarbeit mit allen im Parlament vertretenen Parteien ist. Die Geschichte unseres Landes hat an Tempo gewonnen. Das verdanken wir der Gesellschaft, die nicht mehr bereit war, so wie bisher zu leben.“

Die **neue Regierung** konzentrierte sich vor allem auf **verfassungsrechtliche und institutionelle Veränderungen**. So wurden durch eine Novellierung der Verfassung die Artikel über „das feste Bündnis Polens mit der Sowjetunion“, die „führende Rolle der PVAP im Staat“ sowie über die Planwirtschaft als ordnungspolitisches Prinzip gestrichen. Die regionalen und lokalen Behörden erhielten mehr Selbstverwaltungsrechte. Außerdem definierte die Regierung die **polnische Außenpolitik** mit den „westlichen“ Staaten völlig neu. Vorrangiges Ziel war es nun, Polen an die westlichen Bündnisse wie die Europäische Gemeinschaft und die NATO anzunähern, gleichzeitig aber auch die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue Grundlage zu stellen und auch gute Nachbarschaft zu den neuen in Osteuropa entstehenden Nachfolgestaaten der UdSSR zu pflegen.

Bahnbrechend waren aber insbesondere die **wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse** des Kabinetts. Mazowiecki und seine Minister mussten schnell handeln, da sich Polen zu diesem Zeitpunkt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befand. So entschied man sich für radikale Maßnahmen, die einerseits die Inflation und die Staatsverschuldung bremsen und andererseits Grundlagen für eine liberale Marktwirtschaft legen sollten. Das entsprechende Konzept, seither „**Schocktherapie**“ genannt, legte der damalige Finanzminister Leszek Balcerowicz {*leschek balzerówitsch*} im Oktober 1989 vor.

Auf längere Sicht sollte sich der „**Balcerowicz-Plan**“ als erfolgreich erweisen. Die neuen Gesetze vom Dezember 1989 schufen eine erste Grundlage dafür, dass Polen heute über eine funktionierende Marktwirtschaft verfügt. Doch die kurz- und mittelfristigen Folgen waren dramatisch. Schon bald fielen die Reallöhne, die Produktion ging zurück, die Arbeitslosigkeit stieg an. Wie die anderen postsozialistischen Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ geriet auch Polen in eine sogenannte **Transformationsrezession**. In den frühen 1990er-Jahren verlor das Land mehr als drei Millionen Arbeitsplätze. 20 Jahre später hat Balcerowicz eingeräumt, dass man sich damals zu wenig Gedanken über die soziale Abfederung der „Schocktherapie“ gemacht habe, als er betonte: „Auf diesem Gebiet haben wir die größten Fehler gemacht.“

Mazowiecki lehnte eine schnelle Säuberung aller höheren Staatsinstanzen sowie der Führungspositionen in der Wirtschaft von Funktionären der PVAP ab, wofür er in seiner Regierungserklärung die Formel vom „**dicken Strich**“ gewählt hatte. Damit meinte er den Verzicht auf jede Form der Abrechnung mit den Vertretern des alten Regimes. Er fürchtete, eine solche Säuberung könne die Stabilität des Staates gefährden und Polen große Probleme mit den Nachbarn, insbesondere der Sowjetunion, einbringen. Wałęsas Verdienst bestand darin, dass er mit seiner Parole von der „Beschleunigung“ die Stimmungen in der Gesellschaft offen zu Tage gefördert hatte. Die von ihm intendierte radikale Säuberung weckte andererseits berechtigte Zweifel angesichts der damaligen innen- und außenpolitischen Situation Polens. Auf diesem Weg gewann er auf diesem Weg die **Präsidentenschaftswahl im Herbst 1990**. Am 22. Dezember legte **Wałęsa** seinen Amtseid als **neuer Staatspräsident** ab. Bald darauf

nominierte er den Danziger Liberalen **Jan Krzysztof Bielecki** {kschüschtot bjeletzki} als **neuen Ministerpräsidenten**.

Die **erste vollständig freie Parlamentswahl** fand am 27. Oktober 1991 statt. Sie offenbarte ein relativ geringes Interesse der Bürger für einen solchen grundlegenden Vorgang parlamentarischer Demokratien und eine mangelnde Verankerung der bis dato entstandenen Parteien. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 Prozent, insgesamt 29 Parteien zogen in das neue Parlament ein. Mazowieckis Demokratische Union erhielt als Wahlsieger 12 Prozent (!) der Stimmen. Entsprechend schwierig waren die Regierungsbildungen in den folgenden Jahren. Ministerpräsidenten und Kabinette wechselten sich ab. 1993 kehrten dann die Sozialdemokraten als Nachfolgepartei der kommunistischen PVAP an die Macht zurück. Immerhin funktionierte der parlamentarisch-demokratische Prozess, indem er Machtwechsel zwischen verschiedenen Parteien ermöglichte.

*Aus: Vetter, Reinhold: Transformation. In: Polnische Gesellschaft. Hrsg. von Matthias Kneip und Manfred Mack. Berlin: Cornelsen 2012. S. 19-24, bearbeitet.*

